

Vorlage Nr. 15/175

öffentlich

Datum: 03.03.2021
Dienststelle: OE 2
Bearbeitung: Florian Domansky

Landschaftsausschuss 19.03.2021 Beschluss

Tagesordnungspunkt:

LVR-Bewerbung um die NRW-Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ 2021

Beschlussvorschlag:

Der Landschaftsausschuss beschließt gem. Vorlage Nr. 15/175 eine LVR-Bewerbung für die Auszeichnung "Europaaktive Kommune" 2021.

Ergebnis:

Entsprechend Beschlussvorschlag beschlossen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des
LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.

nein

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2020.

nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:

Erträge: Aufwendungen:
Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan /Wirtschaftsplan

Einzahlungen: Auszahlungen:
Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan /Wirtschaftsplan

Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:

Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:

Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten

Zusammenfassung:

In den Kommunen entfalten die europäischen Förderprogramme und Initiativen unmittelbar ihre Wirkung. Ein erheblicher Teil der deutschen Gesetze, die auf kommunaler Ebene umgesetzt und wirksam werden, beruht zudem auf europäischen Impulsen. Insofern ist Europa auf kommunaler Ebene omnipräsent und „spürbar“.

Der Mitwirkung am europäischen Gedanken kommt auch im LVR von jeher eine besondere Bedeutung zu. Zahlreiche Kooperationen und europäische Projekte wurden im Laufe der Jahrzehnte aufgelegt, durchgeführt und werden teils bis heute erfolgreich und engagiert gelebt. Vor knapp 10 Jahren hat der LVR zudem damit begonnen, sein Europa-Engagement stärker strategisch auszurichten, kontinuierlich zu evaluieren und in geographischer bzw. zielgruppenorientierter Weise weiter zu konkretisieren.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat ihrerseits zur weitergehenden Stärkung der Europaaktivität der Kommunen 2012/13 ein entsprechendes Leitprogramm samt der Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ entworfen, um die sich - nicht zuletzt auf Initiative der LVR-Kommission Europa - seit 2019 auch kommunale Verbände bewerben können.

Nach einer ersten, knapp gescheiterten Bewerbung 2019 schlägt die Verwaltung mit Blick auf seitdem erfolgte Weiterentwicklungsschritte innerhalb der LVR-Europaarbeit eine erneute Bewerbung des LVR für die Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ für das Jahr 2021 vor und wird über den etwaigen weiteren Verfahrensfortschritt zeitnah berichten.

Begründung der Vorlage Nr. 15/175:

LVR-Bewerbung um die NRW-Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ in 2021

1. Vorbemerkung

Für den nachhaltigen und fortdauernden Erfolg der europäischen Integration ist es von besonderer Bedeutung, dass die Kommunen in ihrer Europafähigkeit gut aufgestellt sind. Denn starke kommunale Gebietskörperschaften sind das Fundament des „Hauses Europa“. Auf kommunaler Ebene erfahren die Menschen unmittelbar, dass Europa sie betrifft und angeht und im positiven Sinne für sie da ist. In den Kommunen entfalten die europäischen Förderprogramme und Initiativen ihre Wirkung, hier wird Europa erfahrbar. Ein erheblicher Teil der deutschen Gesetze, die auf kommunaler Ebene umgesetzt und wirksam werden, beruht zudem auf europäischen Impulsen.

Auch innerhalb des LVR kommt der Mitwirkung am europäischen Friedens- und Versöhnungsgedanken und dem darauf fußenden europäischen Einigungsprojekt - nicht zuletzt als Konsequenz aus der selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Verbandshistorie - von jeher eine besondere Bedeutung zu. Das LVR-Europaengagement äußert sich konkret im systematisierten Umgang mit europäischen Fragestellungen im LVR-Verwaltungsalltag durch die institutionalisierte Form der Gremienarbeit der LVR-Kommission Europa sowie in der formalisierten Herangehensweise des Know-How-Austausches innerhalb der LVR-Regionalpartnerschaften mit u. a. der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und dem Selbstverwaltungsbezirk Košice sowie durch die kontinuierlich durchgeführten EU-Projektkooperationen einzelner LVR-Dienststellen. Zudem hat der LVR bereits vor knapp 10 Jahren begonnen, sein Europa-Engagement stärker strategisch auszurichten, (Vorlage-Nr. 13/2788), kontinuierlich zu evaluieren (Vorlage-Nr. 13/3566/1) und jüngst mit Hilfe von konzeptionellen, langfristigen Ansätzen (Vorlage-Nr. 14/3006) in geographischer bzw. zielgruppenorientierter Weise weiter zu konkretisieren.

Die Landesregierung von Nordrhein–Westfalen hat ihrerseits zur Stärkung der Europaaktivität der Kommunen bereits 2012/13 ein entsprechendes Leitprogramm entworfen, um diese bei der (Weiter-)Entwicklung ihrer auf Europa und die Europäische Union ausgerichteten Ideen, Tätigkeiten und Projekte zu unterstützen. Europa soll noch sichtbarer werden, seine Möglichkeiten noch besser genutzt werden.

Hauptelement des Leitprogramms war eine auf zunächst fünf Jahre sowie Gemeinden, Städte und Kreise beschränkte Auszeichnung als „Europaaktive Kommune“, die erfolgreichen Bewerbern die Möglichkeit eröffnete, für ihr Europa-Engagement, entweder grundsätzlich oder projektbezogen in Form von Sonderpreisen, eine landesweite Würdigung zu erfahren und damit auch in die jeweilige Verwaltung hinein zurückzuwirken und das betriebene Engagement zu würdigen. Darüber hinaus bot das Programm für teilnehmende Kommunen u. a. folgende Vorteile:

- Fortbildung kommunaler Beschäftigter zu europarelevanten Themen
- regelmäßige Gesprächsrunden mit dem für Europa zuständigen Staatssekretär/Minister
- Besuche in Brüssel auf Einladung der Europäischen Kommission
- Förderung des Erfahrungsaustauschs und der Vernetzung kommunaler Akteure zu europäischen Themen und Aktivitäten durch jährliche Netzwerktagungen

Seit 2013 wurden insgesamt 57 Kreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Städte und Gemeinden ausgezeichnet, darunter auch zahlreiche LVR-Mitglieds Körperschaften. Hinzu kamen insgesamt 36 Preise in insgesamt sieben verschiedenen Sonderkategorien. Im Rahmen einer Leitprogramm-Evaluation zwecks Rezertifizierung der ersten Generation an ausgezeichneten Kommunen, wurde auf Vorschlag der LVR-Verwaltung im Rahmen des Austausches mit dem Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Dr. Speich, in der Sitzung der Kommission Europa am 18.02.2018 die mögliche Erweiterung einer künftigen Antragsberechtigung im Leitprogramm auch auf die höheren Kommunalverbände thematisiert (s. **Anlage I**).

Aus LVR-Sicht erfreulich war in der Folge, dass mit einer Neuauflage 2019 neben Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren erstmalig auch kommunale Verbände aus Nordrhein-Westfalen explizit adressiert wurden, sich auf das Prädikat zu bewerben. Nachdem mit Vorlage-Nr. 14/3224 der politische Beschluss für eine Bewerbung des LVR eingeholt worden war, wurden der politischen Vertretung mit Vorlage 14/3329 die Bewerbungsunterlagen zur Kenntnis gegeben. Bedauerlicherweise war diese erste Bewerbung trotz zahlreicher, seitens der Jury positiv hervorgehobener Aspekte schlussendlich nicht erfolgreich, wobei sowohl schriftlich als auch im wiederholten persönlichen Kontakt mit der federführend zuständigen Staatskanzlei ein weiterer Bewerbungsanlauf positiv bewertet worden ist.

2. Aktuelle Entwicklungen

Mit Meldung vom 11.01.2021 (s. **Anlage II**) hat der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Holthoff-Pförtner, zur Bewerbung bis zum 9. Mai für das Auszeichnungsjahr 2021 aufgerufen.

Konkret sieht der Aufruf erneut vor, dass Bewerber*innen ihr Europa-Engagement in den Handlungsfeldern „Organisieren“, „Einflussnehmen und Netzwerken“, „Kommunizieren“, „Europa sicht- und greifbar machen“ sowie „Unterstützung der europäischen Arbeit der lokal / regional aktiven Zivilgesellschaft und Aktivierung von europa-fernen Bevölkerungsgruppen“ beschreiben, die im Anschluss von einer Wettbewerbsjury bewertet werden. Aus dieser Bewertung lassen sich in der Folge auch wertvolle Schlüsse für die interne Weiterentwicklung der LVR-Europaarbeit ziehen. In einer Online-Veranstaltung der NRW-Staatskanzlei am 24.02.2021 wurde zudem darauf hingewiesen, dass ein Bewerbungsbeschluss des zuständigen Kommunalgremiums als sehr positiv bewertet werden würde.

3. Beschlussvorschlag

Vor dem Hintergrund der o. g. Ausführungen und mit Blick auf vielfältige Weiterentwicklungsschritte innerhalb der LVR-Europaarbeit seit 2019, schlägt die Verwaltung eine erneute LVR-Bewerbung für die Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ für das Jahr 2021 vor. Im Falle eines positiven Votums des Landschaftsausschusses am 19.03.2021 sowohl bzgl. einer erneuten Bewerbung wie auch bzgl. der erneuten Einrichtung einer Kommission Europa, würde deren Mitgliedern die Bewerbung ebenfalls zur Kenntnis gegeben und über etwaige weitere Verfahrensschritte verwaltungsseitig berichtet werden.

In Vertretung

H ö t t e

LVR · Dezernat 2 · 50663 Köln

Herrn Dr. Mark Speich
Staatssekretär für Bundes-
und Europaangelegenheiten
sowie Internationales des
Landes Nordrhein-Westfalen
Staatskanzlei
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Datum und Zeichen bitte stets angeben

10.04.2018

Florian Domansky
LVR-Europabeauftragter
Tel 0221 809-7785
Fax 0221 8284-0205
florian.domansky@lvr.de

Ihre Teilnahme an der letzten Sitzung der LVR-Kommission Europa

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Speich,

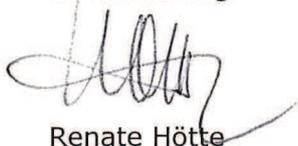
gerne darf ich auf diesem Weg die Gelegenheit ergreifen, mich noch einmal herzlich für Ihre Mitwirkung an der letzten Sitzung unserer Kommission Europa zu bedanken!

Wie die Rückmeldungen aus den Reihen der Kommissionsmitglieder gezeigt haben, trifft Ihr umfassendes Engagement, mit dem Sie die Europastrategie der neuen Landesregierung ausgestalten, auf durchweg positive Resonanz. Davon zeugt auch die zwischenzeitlich vorliegende Niederschrift zu Ihrem Besuch bei uns, die ich Ihnen beiliegend gerne zur Kenntnis übersenden darf.

Sehr gefreut haben wir uns zudem über Ihre wohlwollende Bereitschaft, den LVR künftig in den Kreis der Antragsberechtigten für Ihr fortgesetztes NRW-Leitprogramm „Europaaktive Kommune“ aufzunehmen. Gerne werden wir bzgl. der weiteren Details zeitnah auf Arbeitsebene in Verbindung mit Ihrem Hause treten.

Einer weitergehenden Intensivierung unserer Zusammenarbeit in Europafragen - auch über Ihre Brüsseler Vertretung - sehe ich mit großer Freude entgegen und verbleibe bis zu einer nächsten persönlichen Begegnung

mit besten Grüßen
In Vertretung



Renate Hötte



Wir freuen uns über Ihre Hinweise zur Verbesserung unserer Arbeit. Sie erreichen uns unter der Telefonnummer 0221 809-2255 oder senden Sie uns eine E-Mail an Anregungen@lvr.de

Protokollinfo

Dienststelle:
zu beteiligende Dienststelle:

Gremium: Kommission Europa
Sitzungstermin: 20.02.2018
nicht öffentlich

Punkt 3:

Die neue Europastrategie der Landesregierung NRW

<Diskussionsbeitrag>

Herr Staatssekretär Dr. Speich berichtet zur neuen Europastrategie der Landesregierung NRW sowie insbesondere zu den aktuellen europapolitischen Schwerpunkten des Landes. Dabei verweist er eingangs insbesondere auf drei Themenfelder. So sei zum einen die momentan diskutierte Neuausrichtung der EU-Kohäsionspolitik nach 2020 von grundsätzlicher Bedeutung für NRW. Mit Blick auf die Nettozahler-Rolle des scheidenden Vereinigten Königreichs und den damit drohenden Kürzungen im künftigen EU-Haushalt setze sich die Landesregierung aktiv dafür ein, zumindest den Status Quo der Mittelzuteilung für NRW zu bewahren. So werde u. a. die EU-weit vergleichsweise hohe "Integrationslast" durch die in NRW aufgenommenen Flüchtlinge als zusätzliches Kriterium der Mittelverteilung in die Brüsseler Debatte eingebracht. Auch der Frage nach dem sog. Europäischen Mehrwert, also dem Nutzen von Projekten vor Ort aus einer gesamteuropäischen Perspektive, komme in Zeiten von Mittelkürzungen eine verstärkte Bedeutung zu, was gleichzeitig aber auch einen noch engeren Austausch zwischen der kommunalen und der EU-Ebene bedinge. Als weiteres wichtiges Themenfeld bezeichnet **Herr Dr. Speich** die zukunftsfähige Ausgestaltung der sog. Transeuropäischen (Verkehrs-)Netze (TEN), wobei für NRW die gute Anbindung an die Seehäfen Antwerpen/Rotterdam herausragende Bedeutung einnehme. Als drittes Themenfeld lenkt er den Blick sodann auf die Frage nach der adäquaten Weiterentwicklung einer Europäischen Industriepolitik, gerade angesichts des irreversiblen NRW-Steinkohle-Ausstiegs im Jahr 2018, wobei hier ein Blick auch über das Ruhrgebiet hinaus wichtig sei. So hätten sich jüngst verschiedene EU-Kohleregionen im Übergang verstärkt in einer Taskforce im Ausschuss der Regionen in Brüssel zusammengeschlossen, um künftig gemeinsam ihre Interessen zu formulieren.

Hinsichtlich ihrer längerfristigen Europastrategie setze die Landesregierung zudem auf die Intensivierung der bisherigen bilateralen Beziehungen, gerade auch auf zukunftsrelevanten Feldern wie der grenzüberschreitenden Ausbildung und dem gemeinsamen Arbeitsmarkt.

Exemplarisch hierfür stünde, dass Armin Laschet seine erste Auslandsreise als Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen nach Den Haag unternommen habe, wo ihm u. a. auch die ungewöhnliche Ehre eines Königsempfangs zu Teil geworden sei. Zusätzlich unterstrichen werde dies durch den geplanten Belgienbesuch von Laschet am Folgetag zur Kommissionssitzung. Im Zentrum stünden hier u. a. Fragen der Inneren Sicherheit in Zeiten offener Grenzen wie z. B. die Interoperabilität von polizeilichen Datenbanken, aber auch die Wiederbelebung eines Austauschsystems von NRW-Verbindungsbeamten mit den Sicherheitsbehörden der Nachbarländer. Von längerfristiger Bedeutung sei auch die geplante Neustrukturierung des regionalen "Weimarer Dreiecks" mit Hauts-de-France und Schlesien. Während der Fokus der Kooperation bislang auf die gemeinsame Vergangenheit als wichtige europäische Industrieregionen gelegt worden sei, müsse der Blick fortan auf das Megathema der industriellen Digitalisierung gelenkt werden. Wichtig blieben aus Sicht von **Herrn Dr. Speich** zudem auch die (nicht zuletzt wirtschaftlichen) Beziehungen zum Vereinigten Königreich trotz bzw. gerade wegen des "Brexits". Gleichwohl dränge sich angesichts des bisherigen Austrittsprozesses zunehmend ein Gefühl von Fahrlässigkeit der handelnden Akteure auf britischer Seite auf. Hierauf habe die Landesregierung mit der Berufung von Friedrich Merz als ehrenamtlicher NRW-Brexit-Beauftragter reagiert, der u. a. im Falle von Unternehmensabwandlungen aus dem Vereinigten Königreich für den alternativen Wirtschaftsstandort NRW werben solle.

Als ggf. größte Herausforderung verweist **Herr Dr. Speich** abschließend auf die "europapolitische Inlandsarbeit" in NRW. So stecke der Europagedanke selbst in einer tiefen Sinnkrise und es bestehe auch bei einer Landesregierung in der heutigen Zeit eine noch stärkere Begründungsnotwendigkeit bzgl. ihres europäischen Handelns, gerade auch über die bislang originäre Zielgruppe der ohnehin "Europaüberzeugten" hinaus. Eine Abkehr von den bisherigen Landesprogrammen zur Förderung des Europagedankens wäre daher kontraproduktiv. Vielmehr müsse durch programmimmanente Anpassungen auf diese neuen Herausforderungen reagiert werden und neue, gerade auch kommunale Akteure hinzugewonnen werden. Insofern signalisiert er wohlwollende Zustimmung zur Ausdehnung der Antragsberechtigung auf den LVR als HKV u. a. im Programm "Europaaktive Kommune", nach der sich **Frau Landesrätin Hötte** erkundigt.

Herr Dr. Klose, Herr Kisters und **Frau Lungen** begrüßen in ihren nachfolgenden Kommentaren diese kommunale Öffnung ausdrücklich: eine Begeisterung für Europa müsse vor Ort wieder erneut entfacht werden. Zudem erfolgt die Anregung, in dem künftigen Dialogprozess auch auf die etablierten Strukturen der Euregios zurückzugreifen, wo Europa im Kleinen tagtäglich gelebt werde. Auch sprechen sich die Kommissionsmitglieder dafür aus, den Verwaltungsaufwand bei der Durchführung von EU-Projekten deutlich zu verringern. **Herr Dr. Speich** und **Herr Becker**, stellv. Referatsleiter in der Staatskanzlei NRW, nehmen dies gerne auf und regen ihrerseits an, geeignete LVR-Beispiele zum Thema "Bürokratieabbau" im EU-Kontext rückzukoppeln. Auf Nachfrage von **Herrn Stefer** führt **Herr Dr. Speich** zudem aus, dass bzgl. der TEN Teilaspekte wie Lärmschutz, Digitalisierung der Streckennetze sowie Taktzeitverbesserung aktuell geprüft würden, bzgl. der Trassenführung aber noch nichts entschieden sei.

<Abstimmungsergebnis>

<Beschluss/Kenntnisnahme>

Der Bericht wird vom Gremium zur Kenntnis genommen.



Presseinformation - 15/01/2021

„Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“: Landesregierung ruft zur Bewerbung für Auszeichnungen auf

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales teilt mit:

Europaminister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner hat die Ausschreibungen für die Auszeichnungen „Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“ veröffentlicht. Kommunen, kommunale Verbände und zivilgesellschaftliche Akteure aus Nordrhein-Westfalen können sich bis zum Europatag am 9. Mai für das Auszeichnungsjahr 2021 bewerben.

Minister Holthoff-Pförtner: „Vereine, Stiftungen, Kommunen und kommunale Verbände sind die Basis der Europaarbeit. Durch gelebte Partnerschaften, internationale Projekte und Begegnungen bringen Sie uns allen Europa näher, entwickeln neue, gemeinsame Ideen und Visionen und gestalten die Zukunft Europas. Der Landesregierung ist es ein Anliegen, dieses vielfältige und intensive europäische Engagement zu ehren und zu motivieren.“

Die Bewerber sind aufgerufen, innovative und beispielgebende europäische Aktivitäten zu präsentieren, die in Nordrhein-Westfalen die Vielfalt und die Chancen Europas vermitteln – besonders dann, wenn Projekte, Veranstaltungen und Initiativen Menschen ansprechen, die bisher wenig Bezug zu Europa haben. Die Auszeichnungen „Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“ werden im Namen von Ministerpräsident Armin Laschet vergeben und gelten ohne Laufzeitbeschränkung.

Seit 2013 haben 57 Kommunen in Nordrhein-Westfalen die Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ erhalten. In ihnen leben 9,6 Millionen Menschen. 2018 wurde die Auszeichnung „Europaaktive Zivilgesellschaft“ neu eingeführt und bisher an zehn zivilgesellschaftliche Akteure

11.01.2021
Seite 1 von 2

Pressestelle Staatskanzlei
40213 Düsseldorf
presse@stk.nrw.de

Telefon 0211 837-1134
0211 837-1405
0211 837-1151

Bürgertelefon 0211 837-1001
nrwdirekt@nrw.de

www.land.nrw

vergeben. Zwei Jurys begutachten die Bewerbungen für die beiden Auszeichnungen und schlagen die Preisträger vor.

Interessierte Kommunen, kommunale Verbände, Vereine und zivilgesellschaftliche Akteure erhalten die Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen zum Bewerbungsverfahren auf:

www.mbei.nrw/europaaktivekommunezivilgesellschaft

Bei Bürgeranfragen wenden Sie sich bitte an: Telefon 0211 837-1001.

Bei journalistischen Nachfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, Telefon 0211-837-1399.

Dieser Presstext ist auch verfügbar unter www.land.nrw

[Datenschutzhinweis betr. Soziale Medien](#)